

Auszug aus der Niederschrift der 37. Sitzung des Rates vom 13.02.2020

Öffentliche Sitzung

10	Zusätzliche einmalige Aufnahme von minderjährigen Flüchtlingen aus griechischen Flüchtlingscamps	13 /2020
-----------	---	-----------------

Beschluss:

Der Rat der Wallfahrtsstadt Kevelaer spricht sich dagegen aus, die Verwaltung zu ermächtigen, über eine mögliche Aufnahmeverpflichtung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) oder den Vorschriften des SGB VIII für Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) hinaus, einmalig bis zu maximal 10 Flüchtlinge im Rahmen der Initiative der NRW-Städte, die sich zu einem „Sicheren Hafen“ erklärt hatten, zusätzlich aufzunehmen.

Verhandlungsverlauf:

Der Bürgermeister erklärt, dass sich die Wallfahrtsstadt Kevelaer Mitte des letzten Jahres zu einem sicheren Hafen erklärt habe. Dies habe einen Beschluss zur Rettung von in Seenot befindlichen Flüchtlingen auf dem Mittelmeer beinhaltet. Derzeit gäbe es keine Schiffe auf dem Mittelmeer, die wochenlang ohne Anlegemöglichkeit seien. Nunmehr habe man sich mit knapp 30 Städten in Nordrhein-Westfalen, die sich zu sicheren Häfen erklärt haben, getroffen und besprochen, was derzeit getan werden könne. Der Bürgermeister erklärt weiter, dass es noch viele schwierige humanitäre Situationen gebe und man sich recht schnell auf die gestrandeten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auf Lesbos im Flüchtlingscamp Moria fokussiert habe. Das Ergebnis des Treffens der NRW-Kommunen „Sicherer Hafen“ sei gewesen, dass man in die einzelnen Räte gehe und dort um Beschlüsse werbe, die die Bundesregierung auffordern sollen, von Artikel 17 der Dublin-III-Verordnung Gebrauch zu machen. Dies bedeute, dass die Bundesregierung die Zuständigkeit für einen Teil der geschätzten 4.000 minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge auf Lesbos erklärt. Der Bürgermeister macht klar, dass dies als einmalige humanitäre Geste gelte. Die NRW-Städte „Sicherer Hafen“ wissen, dass dies nicht die Auffassung der Bundesregierung sei und wenn die Bunderegierung der Aufforderung nicht nachkomme, man auch nichts dagegen tun könne.

Der Bürgermeister führt weiter aus, dass der kommunalpolitische Bezug darin begründet liege, dass die Kommunen anbieten, ein gewisses Kontingent oberhalb der Quote aufzunehmen. Für die Wallfahrtsstadt Kevelaer habe man die Zahl 10 genommen, denn dafür könne eine Betreuung durch das Jugendamt gewährleistet werden. Diese Zahl sei allerdings flexibel. Über Zahlen und Kosten habe man bewusst nichts aufgeführt, denn man könne keine konkreten Zahlen nennen. Die Zahlen aus dem Jahr 2015 und den Folgejahren lagen im Schnitt bei ca. 50.000 € pro Flüchtling. Der Rat der Wallfahrtsstadt Kevelaer könne auch eine andere Anzahl beschließen. Die Aufnahme von Flüchtlingen gelte nur für die Dauer des Asylverfahrens, damit die Durchführungsmöglichkeit eines Asylverfahrens unter humanitären Voraussetzungen gegeben sei.

Der Bürgermeister sagt, dass er nur für den Beschluss werben könne und es Kevelaer gut zu Gesicht stehe. Außerdem zeige man damit eine humanitäre Grundhaltung, in Kenntnis dessen, dass damit Nichts erzwungen werden könne.

Herr Schaffers sagt, dass dies eine schwierige Situation sei. Der Beschluss der Sicheren Häfen sei damals von der CDU-Fraktion ohne Wenn und Aber mitgetragen worden, weil es um Menschen ging, die akut in Lebensgefahr waren. Die Situation jetzt, sei eine ganz andere, denn nun gehe es

um Menschen, die in einem sicheren EU-Land untergebracht seien. Er gibt an, dass die Zustände in den Flüchtlingslagern beispielsweise in der Türkei oder Syrien ähnlich seien und dies die Frage aufwerfe, wo man anfangen und wo man aufhören solle. Die CDU-Fraktion meint, dass die Flüchtlingspolitik eine Sache der Bundesregierung und der Europäischen Union sei und sich die Kommunalpolitik nicht immer wieder damit beschäftigen könne. Die Kommunalpolitiker seien für ihre Bürger zuständig. Herr Schaffers erklärt, dass die Kommunalpolitik zum Land und zum Bund Signale geben könne, aber nicht immer wieder Dinge heranziehen könne, für die man nicht zuständig sei. Er sagt, dass es der CDU-Fraktion keinesfalls um die Finanzierung gehe. Herr Schaffers erklärt unter Berücksichtigung der genannten Gründe, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen werde.

Der Bürgermeister sagt, dass sich die Kommunen „Sicherer Hafen“ für Lesbos auf Griechenland entschieden haben, da Griechenland ein EU-Staat sei und man somit ein Maß an Solidarität gegenüber einem EU-Nachbarland zeige.

Herr Hünerbein-Ahlers sagt, dass er es schade finde, dass die CDU den Vorschlag ablehne. Er ist der Meinung, dass man über dieses Thema überhaupt nicht diskutieren könne. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstütze die Initiative des Bürgermeisters. Herr Hünerbein-Ahlers bedankt sich bei Frau Dr. Kleuren-Schryvers für ihre Ausführungen über die Zustände im Flüchtlingslager Moria und bei den Kirchen in Kevelaer für ihren schriftlichen Appell an den Rat der Wallfahrtsstadt Kevelaer. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstütze den Beschlussvorschlag voll und ganz, denn dies sei ein humanitäres und christliches Zeichen und man könne nur an alle Ratsmitglieder appellieren diesen Beschluss zu fassen.

Herr Krüger sagt, dass es leichter sei, dieser Beschlussvorlage zuzustimmen, als sie abzulehnen. Die entscheidende Frage sei aber, was werde passieren, wenn man zustimme. Nichts, denn so lange die Bundesregierung nicht entscheide, könne man einen solchen Beschluss zwar fassen, aber kein Flüchtling würde kommen. Dieser Beschluss sei nur eine Aufforderung an die Bundesregierung tätig zu werden. Die KBV-Fraktion habe lange diskutiert, aber ohne eine Entscheidung der Bundesregierung werde die KBV-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Sollte es eine Entscheidung der Bundesregierung geben, dann werde man Flüchtlinge auch oberhalb der Quote aufnehmen.

Herr Maaßen sagt, dass die Zustände in den Flüchtlingslagern völlig undiskutabel seien. Es müsse geholfen werden. Streiten könne man sich nur um die Lösung des Problems. Es bestehe überhaupt nicht die Möglichkeit, den Flüchtlingen von hier aus zu helfen. Damit habe der Beschlussvorschlag nur einen Symbolcharakter und der reiche der CDU-Fraktion nicht aus. Für die CDU-Fraktion sei die EU nun an einem entscheidenden Punkt angekommen, um jetzt Veränderungen herbeizuführen. In der Verhandlungssache sei ein symbolisches Strohfeuer aus der Kommunalpolitik nicht immer hilfreich.

Der Bürgermeister sagt, dass die Kommunalpolitik sehr wohl einen Anteil leisten könne. Wenn alle Kommunen der Sicheren Häfen zusammenhalten, dann könne man schon etwas bewirken.

Herr Blumenkemper erklärt, dass sich die SPD-Fraktion den Worten des Bürgermeisters nur anschließen könne und dem Antrag zustimmen werde.

Herr Baumann erläutert, dass es hier nicht um die große Politik gehe, sondern einfach um Menschlichkeit.

Frau Raimondi sagt, dass man hier von Kindern spreche und wenn jede Kommune die Hand reiche, dann könne etwas Großes herauskommen.

Herr Röhr sagt, dass der Rat der Wallfahrtsstadt Kevelaer die Bundesregierung nicht zwingen könne, aber die Gesamtheit eines Volkes könnte die Bundesregierung zwingen. Was der Rat heute mache, wäre eine Aufforderung an die Bundesregierung und die innere Bereitschaft mitzuhelfen,

sich endlich in der Flüchtlingspolitik vernünftig zu engagieren. Er denke, wenn der Rat der Wallfahrtsstadt Kevelaer dies mache und andere Kommunen dies machen, dann könnte man die Meinung der Bundesregierung ändern. Er bittet die Ratsmitglieder noch einmal eindringlich, für den Beschlussvorschlag zu stimmen.

Herr Vonscheidt erklärt, dass er es außerordentlich beschämend finde, Mitglied in einem Rat zu sein, in dem sich zwei Fraktionen hinter formalen Gründen verstecken, um den Beschluss abzulehnen.

Herr Hünenbein-Ahlers sagt, dass er sich die Argumentation der KBV- und CDU-Fraktion nun angehört habe und es sicherlich Gründe gebe, diese Meinung zu vertreten. Aber es gehe hier um eine einmalige Aufnahme von minderjährigen Flüchtlingen aus einem griechischen Flüchtlingscamp. Um nicht mehr und nicht weniger - es gehe um einen humanitären Akt. Es gehe hier nicht um eine Kritik an der Bundesregierung.

Herr Hendricks ist der Meinung, dass die demokratischen Gepflogenheiten bei der Bundesregierung oftmals nicht volksnah seien. Er finde es gut, wenn aus der Fläche die Entscheidung komme, denn man könne den Druck nur von unten aufbauen.

Abstimmergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 22 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen.